

9. Die Interessendurchsetzungsstrategie der Mittelstandsverbände im Wandel

In der zweiten Legislaturperiode büßte der Mittelstandsblock als Instrument zur Koordination und Durchsetzung mittelstandsspezifischer Interessen viel von seiner einstigen Bedeutung ein. Die Mitgliederbasis wurde zwar noch einmal durch den Beitritt des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes im Sommer 1954 erweitert¹⁶⁵⁰, die Durchsetzungsfähigkeit des DMB im politischen Prozeß erhöhte sich hierdurch jedoch nicht. Dies wurde auch in einem Memorandum der NRW-Landesgruppe des DMB aus dem Jahre 1955 konstatiert. Rückblickend wurde hierin betont, daß der Mittelstandsblock 1951 als politische Bewegung ins Leben gerufen worden sei. Das Jahr 1954 habe indes gezeigt, „daß nach den Bundestagswahlen 1953 diese Bewegung völlig lahm ist“¹⁶⁵¹. Die propagandistische Arbeit des DMB lasse auf Bundesebene zu wünschen übrig. Die Trägerverbände zögen es vor, eine eigene, berufsgruppenspezifische Parlamentsarbeit zu betreiben¹⁶⁵². Auch ZDH-Präsident Uhlemeyer, der an der Gründung des DMB maßgeblich mitgewirkt hatte, stellte im November 1954 fest, daß der Mittelstandsblock den Parteien zwar anfänglich einen Schock versetzt habe, inzwischen seien „aber die Fronten zweifellos wieder weitgehend erstarrt“¹⁶⁵³.

Die im Memorandum beklagte Entwicklung hatte mehrere Ursachen. Nachdem gegen Ende der ersten Legislaturperiode deutlich geworden war, daß der DMB keine Vorstufe zur Gründung einer Mittelstandspartei war, sahen die Verantwortlichen in Regierung und Parteien die mittelständische Blockbildung nicht mehr als potentiellen Konkurrenten im Kampf um Wählerstimmen, sondern als konservativen Partner im außerparlamentarischen Bereich an. Dies war für den gewerblichen Mittelstand insofern erfreulich, als nunmehr den Mittelstandsforderungen größere Aufmerksamkeit zuteil wurde. Die Kehrseite dieser Entwicklung bestand darin, daß der DMB sein Drohpotential, auf parlamentarischer Ebene als Konkurrent der Regierungsparteien aufzutreten, nicht mehr glaubhaft einsetzen konnte. Die Voraussetzungen für die Arbeit des DMB veränderten sich auch durch den zunehmenden Einfluß der Mittelstandsvertreter innerhalb der CDU/CSU. Die Mittelstandsverbände wandten sich in zunehmendem Maße direkt an ihre politischen Sachwalter in der Union, wenn sie ihre Wünsche in den politischen Entscheidungsprozeß einbringen wollten. Der interessenpolitische Umweg über den Mittelstandsblock verlor demgegenüber an Bedeutung.

Daß es sich hierbei tatsächlich um einen Umweg handelte, der zudem nicht immer zum Ziel führte, hing mit den Interessendivergenzen zwischen den Trägerverbänden des DMB zusammen. Zu Meinungsverschiedenheiten zwischen HDE und Landwirtschaft kam es insbesondere bei der Regelung der Ladenschlußzeiten sowie in bezug auf

¹⁶⁵⁰ DMB an Deutschen Hotel- und Gaststättenverband, 30.8.1954 (ZDH/DMB/Träg.Verb.); im Hotel- und Gaststättenverband waren rund 80 000 Betriebe organisiert, davon galten ca. 15% als Großbetriebe; vgl. Geschäftsführer des DMB an Uhlemeyer, 12.5.1954 (ZDH/DMB/Träg.Verb.).

¹⁶⁵¹ Leitsätze zu einem Memorandum für die zukünftige Tätigkeit des Deutschen Mittelstandsblocks, 15.3.1955, S. 1 (ZDH/DMB/Allg. vom Jan. 53 bis Dez. 53).

¹⁶⁵² Ebenda, S. 2 f.

¹⁶⁵³ Richard Uhlemeyer, Konstruktive Handwerkspolitik auf breiter Grundlage, in: DHBf 6, H. 20 (25.10.1954), S. 314–316, hier 316.

die Expansions Tendenzen der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Von letzteren fühlte sich auch das Handwerk bedroht¹⁶⁵⁴. In der Mietpreisfrage verlief die Konfliktlinie zwischen den Haus- und Grundbesitzern und den Kleingewerbetreibenden, von denen ein beträchtlicher Teil zur Mieterschaft zählte. Auf sozialpolitischem Gebiet war insbesondere die Kindergeldgesetzgebung umstritten. Wie bereits erwähnt, vertraten ZDH und HDE in bezug auf die Mittelaufbringung unterschiedliche Konzepte. Die kreditpolitischen Forderungen des DMB blieben sehr vage, was ihre Durchsetzungschancen zweifellos beeinträchtigte¹⁶⁵⁵. Gefordert wurde lediglich eine Ausweitung des staatlichen Kreditvolumens für mittelständische Betriebe. Wie diese Kredite auf die einzelnen Berufsgruppen verteilt werden sollten, ließ der DMB weitgehend offen. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die einzelnen Mittelstandsverbände um kreditpolitische Vergünstigungen konkurrierten.

Aufs Ganze gesehen, gelang es dem DMB nicht, die Interessengegensätze auf den genannten Themenfeldern zu überwinden. Eine wirksame Interessenvertretung gegenüber Legislative und Exekutive war somit nicht möglich. Selbst auf jenen Gebieten, in denen die Interessen der im Mittelstandsblock zusammengeschlossenen Verbände nicht im Widerspruch zueinander standen, kam die DMB-interne Meinungsbildung nur schleppend voran. Dies war z. B. beim Kartellgesetz und dem Jugendarbeitschutzgesetz der Fall. Auch berufsgruppenspezifische Anliegen wie die Berufsordnung für den Einzelhandel und das Schwarzarbeitsgesetz, an dem vor allem der ZDH interessiert war, wurden vom DMB kaum aufgegriffen¹⁶⁵⁶. Dieser Mangel an Solidarität wurde insbesondere von der HDE heftig kritisiert. Angesichts dieser Mißstände stellte der Präsidialrat der HDE im Frühjahr 1953 fest: „Die Mitarbeit im Mittelstandsblock in seiner derzeitigen Zusammensetzung ist für die Hauptgemeinschaft uninteressant. Es wird daher erwogen, ein neues Gremium zu schaffen.“¹⁶⁵⁷ Gedacht war an einen organisatorischen Zusammenschluß des gewerblichen Mittelstandes¹⁶⁵⁸. ZDH-Präsident Wild, der Nachfolger des Ende 1954 verstorbenen Richard Uhlemeyer, stimmte diesem Vorschlag im Grundsatz zu. Im Sommer 1955 sprach er sich dafür aus, „eine Front aller Gruppen des selbständigen gewerblichen Mittelstandes aufzubauen – vielleicht einschließlich der mittelständischen Industrie und dazu der freien Berufe“¹⁶⁵⁹. Nach Auffassung von Wild schloß die Konstituierung eines derartigen Gremiums die weitere Mitarbeit im DMB nicht aus¹⁶⁶⁰.

¹⁶⁵⁴ Der ZDH kritisierte das Übergreifen der handwerklichen Genossenschaften in handwerkliche Arbeitsgebiete; vgl. Wild an Wittmer-Eigenbrodt, 20. 8. 1956, S. 2 (ZDH/DMB/Allg. vom Jan. 1953 bis Dez. 56).

¹⁶⁵⁵ Zur diesbezüglichen Kritik der HDE vgl. Ergebnisprotokoll der Sitzung des Präsidiums des Deutschen Mittelstandsblocks am 28. 3. 1955, S. 3 (ZDH/DMB/Prot. Febr. 1954 bis März 1955).

¹⁶⁵⁶ Ebenda. Vgl. ferner Ergebnisprotokoll der Sitzung des Präsidiums des Deutschen Mittelstandsblocks am 27. 3. 1955, S. 9 f. (ZDH/DMB/Prot. Apr. 1955–Okt. 1957).

¹⁶⁵⁷ Ergebnisbericht über die Sitzung des Präsidialrates der HDE am 24. 3. 1955, S. 2 (HDE/Flur/006/Protokolle 0–2).

¹⁶⁵⁸ Ergebnisbericht der Sitzung des Beirates der HDE am 24. 11. 1955, S. 5 (HDE/Flur/alte Akte/0080–0083): „In der Diskussion wird der Standpunkt einer Zusammenfassung des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes unterstützt.“

¹⁶⁵⁹ Josef Wild, Zielstrebige Arbeit der Handwerksführung, in: DHBl 7, H. 14 (25. 7. 1955), S. 229–231, hier 230.

¹⁶⁶⁰ Ebenda; vgl. auch Protokoll der Sitzung des Handwerksrats des ZDH am 25./26. 1. 1956, S. 2 (ZDH/Handwerksrat/Prot.).

Die mittelständische Industrie konnte nicht für eine Zusammenarbeit gewonnen werden. Dessenungeachtet fanden sich Mitte Februar 1956 die Präsidenten und Hauptgeschäftsführer der Spitzenverbände des gewerblichen Mittelstandes (ZDH, HDE, Gesamtverband des deutschen Groß- und Außenhandels, Hotel- und Gaststättenverband, Centralvereinigung Deutscher Handelsvertreter) zusammen, um die Errichtung einer überverbandlichen Interessenvertretung vorzubereiten. Man einigte sich darauf, „die speziellen Anliegen des gewerblichen Mittelstandes außerhalb des Mittelstandsblocks im Rahmen einer losen Arbeitsgemeinschaft aller Spitzenverbände des gewerblichen Mittelstandes zu beraten und zu vertreten“¹⁶⁶¹. Die Hauptgeschäftsführer der anwesenden Verbände sollten zu diesem Zweck monatlich zusammentreten. In der Mitte März stattfindenden ersten Sitzung der Arbeitsgemeinschaft wurde das Aufgabengebiet abgesteckt. Die Hauptgeschäftsführer beschlossen, sich insbesondere auf steuerpolitischem Gebiet um eine Koordination der Verbandsarbeit zu bemühen. Einen weiteren zentralen Diskussionspunkt stellte das Verhältnis zur Landwirtschaft dar. Die Verbandsvertreter kritisierten übereinstimmend den Umfang der an die Landwirtschaft fließenden Subventionen. Diese massive Unterstützung seitens des Staates würde bei der Basis der gewerblichen Mittelstandes als unverhältnismäßig empfunden. Die Masse der Kleingewerbetreibenden dränge die Spitzenverbände, nach den Methoden der Gewerkschaft und der Landwirtschaft vorzugehen¹⁶⁶².

Auch aus anderen Quellen geht hervor, daß sich 1956 die Stimmung im gewerblichen Mittelstand zusehends verschlechterte. Der Leiter des Handelsreferates im BMW berichtete Anfang 1956, daß seit „einigen Monaten [...] in allen Teilen des Bundesgebietes, vor allen Dingen aber in Bayern, Baden-Württemberg und Hessen, eine zunehmende Radikalisierung des gewerblichen Mittelstandes zu beobachten sei“¹⁶⁶³. Im Unterschied zu den Jahren 1951/52 waren es diesmal in erster Linie die Einzelhändler, die sich über die Vernachlässigung ihrer Interessen in Regierung und Verwaltung empörten¹⁶⁶⁴. An der Spitze der Protestbewegung standen die Inhaber von Kleinstbetrieben bzw. das „Einzelhandels-Proletariat“, wie sich der Handelsreferent des BMW ausdrückte¹⁶⁶⁵.

Während sich Handwerk und Einzelhandel im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft des gewerblichen Mittelstandes einander annäherten, setzte sich der Niedergang des DMB fort. Ende 1955 verkündete zwar Wittmer-Eigenbrodt, der als Repräsentant des DBV im DMB-Präsidium vertreten war und seit 1954 in diesem Gremium die Geschäftsführung innehatte, daß eine Reihe von Organisationen auf Bundesebene den Wunsch geäußert hätten, dem Mittelstandsblock beizutreten, und daß auch die ASU einem Beitritt nicht abgeneigt sei¹⁶⁶⁶. Diese Erfolgsmeldung relativiert sich allerdings, wenn man berücksichtigt, daß zur gleichen Zeit die HDE ihren Ausstieg aus dem DMB vorzuberei-

¹⁶⁶¹ Zusammenkunft der Präsidenten und Hauptgeschäftsführer der Spitzenverbände des gewerblichen Mittelstandes am 16. 2. 1956 (ZDH/Besprechg. Spitzenverbände gewerb. W./Febr. 1956-Dez. 1957).

¹⁶⁶² Besprechung der Hauptgeschäftsführer der mittelständischen gewerblichen Wirtschaft am 2. 3. 1956 (ZDH/Besprechg. Spitzenverbände gewerb. W./Febr. 1956-Dez. 1957).

¹⁶⁶³ II C1 an Erhard (Entwurf), Febr. 1956, S. 1 (BA B102/39389).

¹⁶⁶⁴ Z.B. Einzelhandelsverband Hessen-Nord e.V. Kassel an BMW, 3. 5. 1956 (BA B102/39389).

¹⁶⁶⁵ II C1 an Erhard (Entwurf), Febr. 1956, S. 1 (BA B102/39389).

¹⁶⁶⁶ Vgl. z. B. Ergebnisprotokoll der Sitzung des Präsidiums des DMB am 8. 12. 1955, S. 7 (ZDH/DMB/Prot./Apr. 55-Okt. 57).

ten begann. Im Oktober 1957 war es schließlich so weit: Die Hauptgemeinschaft trat aus dem Mittelstandsblock aus. Der ZDH brachte volles Verständnis für diesen Schritt auf. Wild betonte auf der kurz darauf stattfindenden Präsidialsitzung des DMB, daß sich eine enge Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft und gewerblichem Mittelstand nicht habe realisieren lassen¹⁶⁶⁷. Der Pressesprecher des ZDH, Wilhelm Reinermann, vertrat sogar die Auffassung, die mittelständische Verbandskoalition habe „die politische Situation des Handwerks nicht verstärkt, sondern eher geschwächt“¹⁶⁶⁸. Wenngleich sich die Schriftleitung des DHBl von dieser extremen Beurteilung distanzierte, dürfte diese doch die Einschätzung vieler Handwerksfunktionäre widerspiegelt haben. Konkreter Anlaß für Reinermanns Grundsatzkritik war die im Vorfeld der Bundestagswahl von 1957 entbrannte Diskussion über die Kandidatenaufstellung. Die vom ZDH geforderte Erhöhung der Zahl handwerklicher Kandidaten stieß nicht nur bei den Parteien, sondern auch bei den übrigen mittelständischen Gruppen auf Ablehnung. Diese waren nämlich ihrerseits an einer möglichst starken Stellung ihrer Berufsgruppe auf der bundespolitischen Bühne interessiert. Ebenso wie die Politik wiesen sie die Forderungen des Handwerks mit dem Argument zurück, „die Handwerkswirtschaft gehöre zum Mittelstand und sei somit durch Kandidaten aus den Organisationen des Hausbesitzes oder des Handels oder der freien Berufe klar mitvertreten“¹⁶⁶⁹.

Wild plädierte nach dem Austritt der HDE dafür, den DMB aufzulösen. Nachdem die Geschäftsstelle des DMB geschlossen worden war, korrigierte der ZDH-Präsident im Dezember 1957 seinen Vorschlag dahingehend, daß der DMB künftig von Fall zu Fall zusammenarbeiten solle¹⁶⁷⁰. Die übrigen Mitglieder des Präsidiums erklärten sich damit einverstanden. De facto änderte dieser Beschluß nichts daran, daß der Mittelstandsblock als enger organisatorischer Zusammenschluß nunmehr der Vergangenheit angehörte.

Wie bereits erwähnt, wurde die Option, die Zusammenarbeit mit der mittelständischen Industrie zu intensivieren, erstmals 1955 vom ZDH-Präsidenten ins Gespräch gebracht. Dieser interessenpolitische Neuansatz setzte sich innerhalb der Handwerksführung allerdings erst Ende der 50er Jahre durch. Auf einer Ende Oktober 1958 stattfindenden Tagung des ZDH erläuterte Wild seine Konzeption für die künftige Mittelstandspolitik. Danach bildete „den Kern der Mittelstandspolitik [...] eine mittelstands-betonte Strukturpolitik, die vor allem den gewerblichen Klein- und Mittelbetrieben auf allen Gebieten planmäßig angemessene Wettbewerbsbedingungen schafft. Um diesen einheitlichen Kern herum legt sich die Behandlung der Sonderfragen der einzelnen Gruppen des selbständigen Mittelstandes“¹⁶⁷¹. Auf dem im darauffolgenden Jahr stattfindenden Deutschen Handwerkskammertag präziserte Wild die neue interessenpolitische Strategie des ZDH: „Die Handwerkspolitik muß immer mehr aus der Isolierung

¹⁶⁶⁷ Ergebnisprotokoll der Präsidialsitzung des DMB am 11. 10. 1957, S. 7 (ZDH/DMB/Prot. Apr. 55-Okt. 57).

¹⁶⁶⁸ Wilhelm Reinermann, Handwerk und Bundestags-Kandidaten. Eine Zwischenbilanz und ein offenes Wort, in: DHBl 10, H. 15 (10. 8. 1957), S. 227 f., hier 227.

¹⁶⁶⁹ Ebenda.

¹⁶⁷⁰ Ergebnisprotokoll der Präsidialsitzung des DMB am 16. 12. 1957, S. 2–5 (ZDH/DMB/Prot./Apr. 53-Okt. 57).

¹⁶⁷¹ DHBl 10, H. 21 (10. 11. 1958), S. 321. Vgl. auch „Die Stoßkraft unserer neuen mittelstandspolitischen Konzeption“, in: DHBl 10, H. 22 (25. 11. 1958), S. 337 f.

herausgeführt und zum Fürsprecher des selbständigen kleinen und mittleren Unternehmertums werden.“¹⁶⁷²

Mit dieser programmatischen Aussage distanzierte sich der ZDH-Präsident von der politischen Zielsetzung, die die Handwerksführung Anfang der 50er Jahre verfolgt hatte. Seinerzeit stand der Berufsstandsgedanke im Mittelpunkt der handwerkspolitischen Agitation. Eine Rede Uhlemeyers aus dem Jahre 1951 verdeutlicht dies. Der damalige ZDH-Präsident begründete die Förderungswürdigkeit des Handwerks vor allem mit dessen hoher sozialer und kultureller Bedeutung. Er verwies auf „die Grundwerte deutschen Handwerkertums“. Hierunter seien „die Liebe zum Werk, der Wille zur Leistung, das Bekenntnis zu sozialer Verantwortung, die sorgliche Erziehung des Nachwuchses, die Pflege des Gemeinschaftsgedankens, der Gedanke der Selbsthilfe und die Eigenständigkeit der berufsständischen Organisation“ zu verstehen¹⁶⁷³. Die berufsständische Struktur komme darüber hinaus in dem engen Verhältnis zwischen Handwerksmeistern und Gesellen zum Ausdruck. Dies sei auch ein wesentlicher Grund, warum es sich bei den Handwerkern nicht um „Kapitalisten“ handle. Bezeichnend ist auch der Schlußsatz von Uhlemeyers Rede: „Wenn wir alle berufsständigen Kräfte des Handwerks in die Waagschale werfen, werden wir eine moralische Macht darstellen, die in Politik und Wirtschaft den Platz einnehmen wird, der dem Handwerk längst zukommt.“¹⁶⁷⁴ Auch der Vorsitzende der Handwerkskammervereinigung betonte, daß es sich beim Handwerk „nicht um einen Kleinunternehmertyp handelt, [...] sondern um einen Berufsstand, soweit ein solcher im Rahmen unserer modernen Volkswirtschaft möglich ist. Der Dreiklang ‚Meister, Geselle und Lehrling‘ ist nicht nur eine hohle Phrase“¹⁶⁷⁵. Die sich in diesen Äußerungen widerspiegelnde Renaissance ständischen Statusdenkens ist vor dem Hintergrund der handwerkspolitischen Situation der frühen 50er Jahre zu sehen. Wie oben ausführlich geschildert, tobte in den Gründerjahren der Bundesrepublik ein innerverbandlicher Machtkampf zwischen Fachverbänden und Kammern. Während erstere sich für eine reine Unternehmerpolitik stark machten, betonten die Kammern als Gesamtvertretungsorgane der selbständigen und abhängig beschäftigten Handwerker den ständischen Charakter des Handwerks. Das Bekenntnis zum Berufsstandsgedanken stellte jedoch nicht nur ein zentrales Argument in der organisationsinternen Auseinandersetzung mit den Fachverbänden dar, sondern war zudem für die Fundierung der Handwerkskammern als Körperschaften des öffentlichen Rechts und die Verankerung des Großen Befähigungsnachweises in der HwO von ausschlaggebender Bedeutung. Die in der HwO festgeschriebene institutionelle Privilegie-

¹⁶⁷² Josef Wild, 10 Jahre Handwerksorganisation, in: DHBl 11, H. 23/24 (17. 2. 1959), S. 433–435, hier 434. Die konzeptionelle Kehrtwendung kam auch in der Stellungnahme des ZDH zur Mittelstandsdiskussion zum Ausdruck. Es wurde betont, daß die gemeinhin dem Mittelstand zugeordneten selbständigen und unselbständigen Berufsgruppen zwar gewisse Ähnlichkeiten aufwiesen, zumal im Hinblick auf ihre Einkommensverhältnisse, daß sie aber „keinen Stand, kein abgegrenztes, organisiertes, von einem gemeinsamen Standesbewußtsein erfülltes Ganzes“ bildeten. Mittelstandspolitik wurde definiert „als zielstrebige Politik zugunsten der mittelständischen Selbständigen und besonders des gewerblichen Mittelstandes“; vgl. Mittelstand, Mittel-schichten, Mittelstandspolitik, in: DHBl 12, H. 7 (10. 4. 1960), S. 121.

¹⁶⁷³ Richard Uhlemeyer, Besinnung auf eigene Kräfte, in: DHBl 3, H. 2 (25. 1. 1951), S. 17 f., hier 17.

¹⁶⁷⁴ Ebenda, S. 18.

¹⁶⁷⁵ Auszug aus der persönlichen Erklärung von Präsident Hockelmann am 18. 1. 1951, S. 3 (ZDH/DHKT/Vorstandssitzungen 1–4/1950–51).

rung des Handwerks wirkte sich auf die Durchsetzungsfähigkeit der Handwerksinteressen zweifellos positiv aus. So gesehen, war die Berufsstandsideologie ein effektives Instrument zur Förderung der Handwerkswirtschaft. Dies galt allerdings nur bis zur Verabschiedung der HwO. Danach büßten berufsständische Argumentationsmuster ihre politische Bedeutung ein.

Dieser funktionalistischen Interpretation kommt zweifellos ein hoher Erklärungswert zu. Es wäre allerdings verfehlt, die Handwerksideologie ausschließlich als Mittel zum Zweck zu betrachten. Anfang der 50er Jahre waren berufsständische Traditionen noch durchaus lebendig. Dieses Denkmuster schlug sich auch in der Gründung des Mittelstandsblocks nieder. Die vermeintlichen sozialen und ideologischen Gemeinsamkeiten der Blockpartner wurden höher bewertet als ihre ökonomischen Unterschiede. Es stellte sich jedoch bald heraus, daß dieser auf ständischen Vorstellungen beruhende Interessengruppen-Ansatz auf wackligen Füßen stand.

Der um die Jahreswende 1954/55 erfolgende Führungswechsel an der Spitze des ZDH beschleunigte den Paradigmenwechsel in der Interessenpolitik des Handwerks. Der neue Präsident Josef Wild war in geringerem Maße ständischen Denkstrukturen verhaftet als sein Amtsvorgänger Richard Uhlemeyer. Der im Jahre 1901 geborene Wild, der in den 20er Jahren acht Jahre in den Vereinigten Staaten zugebracht hatte, begann seine verbandspolitische Laufbahn im Jahre 1945 als Vorstandsmitglied der Bäcker-Innung München und des Landesverbandes des bayerischen Bäckerhandwerks. Er gehörte also von Haus aus dem Unternehmerflügel der Handwerksorganisation an. Eine Führungsposition innerhalb der stärker berufsständisch ausgerichteten Kammerorganisation erlangte er erst 1954, als er zum Präsidenten der Handwerkskammer Oberbayern gewählt wurde. Wild war außerdem Mitglied der CSU. 1952 rückte er in den Münchener Stadtrat ein¹⁶⁷⁶. Angesichts dieses parteipolitischen Engagements überrascht es nicht, daß Wild über ausgezeichnete Kontakte zu den Mittelstandsvertretern in der CDU/CSU verfügte. Auf die Zusammenarbeit zwischen ZDH und Unionsfraktion wirkte sich dies zweifellos positiv aus.

Wild erkannte Mitte der 50er Jahre, daß die Forderungen an den Gesetzgeber nicht mehr mit der besonderen sozialen und kulturellen Bedeutung des Handwerks legitimiert werden konnten. Auch machtpolitische Mechanismen wie die latente Drohung, eine Mittelstandspartei zu gründen, hatten zu diesem Zeitpunkt kaum noch Aussicht auf Erfolg. Um sich im politischen Prozeß durchzusetzen, bedurfte es vielmehr einer systematischen, auf ökonomischen Argumenten beruhenden Konzeption. Die Konservierung der berufsständischen Eigenart rückte demgegenüber als politische Zielvorstellung in den Hintergrund. Die Forderung nach Wettbewerbsneutralität zwischen Klein- und Großbetrieben bildete das argumentative Herzstück des neuen verbandspolitischen Kurses. Es lag in der Logik dieses auf der Betriebsgröße statt auf ständischen Kriterien beruhenden Ansatzes, daß sich der ZDH über die traditionelle Abgrenzung zwischen Handwerk und Industrie hinweg um eine verstärkte Zusammenarbeit mit der mittelständischen Industrie bemühte. In der Tat waren die interessenpolitischen Gemeinsamkeiten von Kleinindustrie und Handwerk auf den meisten Politikfeldern größer als zwischen industriellen Groß- und Kleinbetrieben.

¹⁶⁷⁶ DHBl 7, H. 4 (25.2.1955), S. 49.

HDE-Präsident Schmitz stand seit den frühen 50er Jahren ständisch orientierten Interessendurchsetzungsstrategien äußerst skeptisch gegenüber. Dies äußerte sich auch in der zunächst ablehnenden Haltung gegenüber dem Mittelstandsblock. Kooperation statt Konfrontation mit den etablierten politischen Kräften hieß die Devise der Entscheidungsträger innerhalb der HDE. Die zunehmende Radikalisierung der mittelständischen Einzelhandelsbasis zwang die Einzelhandelsführung jedoch vorübergehend zum Umdenken. Das sich seit 1953 abzeichnende Scheitern der mittelständischen Blockbildung gab Schmitz im nachhinein recht. Zu einer engeren Zusammenarbeit mit dem ZDH kam es bezeichnenderweise erst, als die Handwerksführung auf den interessenpolitischen Kurs der HDE einschwenkte.

Der BDI stand dem Konzept der mittelstandsbetonten Strukturpolitik durchaus positiv gegenüber. Mitte Januar 1958 konstituierte der Verband einen Ausschuß, der sich mit dieser Thematik befassen sollte. Auf der Gründungssitzung des sogenannten Mittelstandsausschusses erläuterte BDI-Präsident Berg, welche Merkmale seiner Meinung nach mittelständische Betriebe kennzeichneten. Es waren dies eine Beschäftigtenzahl von unter 1000, die Einheit von Eigentum und Geschäftsleitung, eine einfache Organisation und die wirtschaftliche Unabhängigkeit des Betriebes¹⁶⁷⁷. Die Mehrzahl der Industriebetriebe fiel nach dieser Definition unter den Mittelstandsbegriff. Die Hauptaufgabe des Mittelstandsausschusses bestand darin, innerhalb des BDI einen Interessenausgleich zwischen der mittelständischen Industrie und den Großunternehmen herbeizuführen. Der Ausschuß war je zur Hälfte aus Vertretern der kleinen und mittleren Betriebe einerseits und den Großbetrieben andererseits zusammengesetzt¹⁶⁷⁸. Auf Anregung des Mittelstandsausschusses wurde im Juli 1958 beim BDI zusätzlich eine „Einigungsstelle für Strukturfragen der Industrie“ errichtet. Es handelte sich hierbei um eine Art Schiedsstelle, die vor allem dann aktiv wurde, wenn Großunternehmen in kleinindustrielle Sektoren eindringen und das dort herrschende Preisgefüge zerstörten. Im Oktober 1959 wußte der Geschäftsführer des BDI zu berichten, daß es durch die Einigungsstelle gelungen sei, „manchen erkennbaren Anzeichen der Resignation in den Reihen der mittleren und kleineren Industrie wirksam entgegenzutreten“¹⁶⁷⁹. Das Postulat einer wettbewerbsneutralen Gesetzgebung wurde von den Entscheidungsträgern im BDI gegen Ende des Jahrzehnts zunehmend ernster genommen¹⁶⁸⁰. Es steht zu vermuten, daß die BDI-Führung angesichts des wirtschaftlichen Konzentrationsprozesses im Interesse der Gesamtorganisation gezwungen war, einer weiteren unternehmensgrößen-spezifischen Polarisierung entgegenzuwirken. Die Hintergründe der industriellen Verbandspolitik können allerdings an dieser Stelle nicht abschließend geklärt werden. Festzuhalten ist, daß sich der BDI in wesentlichen Fragen, zumal auf steuerpolitischem Gebiet, den Forderungen von ZDH und HDE annäherte. Auch der Deutsche Industrie-

¹⁶⁷⁷ Niederschrift über die Gründungssitzung des Mittelstandsausschusses des BDI am 16. 1. 1958, S. 7 (BA B102/17967/2).

¹⁶⁷⁸ Vermerk (IV A5/BMW) über die am 10. 12. 1959 stattgefundene Sitzung des Mittelstandsausschusses des BDI (BA B102/17680/2).

¹⁶⁷⁹ Hauptgeschäftsführer des BDI an Erhard, 7. 10. 1959, S. 2 (BA B102/17680/2). Seit Mitte der 50er Jahre dehnten sich insbesondere die Stahlkonzerne in die verarbeitende Industrie aus; vgl. hierzu Berghahn, Unternehmer, S. 285.

¹⁶⁸⁰ So setzte sich z. B. Berg für eine mittelstandsfreundliche Reform der Umsatzsteuergesetzgebung ein; vgl. Berg an Adenauer, 17. 1. 1958, S. 2 (BA B136/2433).

und Handelstag wandte sich verstärkt den Interessen der Klein- und Mittelbetriebe zu. 1959 errichtete dieser Spitzenverband der Industrie- und Handelskammern einen „Arbeitskreis für die unterschiedlichen Unternehmensgrößen“. Der Arbeitskreis sprach sich „in erster Linie für eine Bereinigung der Gesetzgebung und Verwaltungspraxis aus, um Nachteile für kleinere Unternehmen und Begünstigungen für Großunternehmen auszuschalten“¹⁶⁸¹.

¹⁶⁸¹ DHBl 12, H. 1 (10.1.1960), S. 10.

